Bilderquelle: www.bdo-online.de

bdo-Präsident Steinbrück erhielt auf dem bdo-Kongress den improdi-Innovationspreis 2010 für seine Verdienste um die Branche (links). „Volles Haus“ mit Gästen aus Politik, Verbänden, Medien und Gewerbe zum Kongress (rechts).

„Wirtschaftsfaktor Bus“ - bdo-Kongress am 16./17. März 2010

Mit viel Selbstbewusstsein formulierte der bdo auf seinem achten Kongress am 16. und 17. März 2010 in Berlin die Erwartungen des privaten Busgewerbes gegenüber der Politik. ÖPNV und die Bustouristik standen im Mittelpunkt beim ersten Doppelkongress des Spitzenverbandes.

Vor mehr als 300 Teilnehmern forderte bdo-Präsident Wolfgang Steinbrück auf dem achten Kongress des Verbandes am 16. und 17. März in Berlin eine mittelstandsfreundliche Politik im Sinne der Bustouristik und der privaten Busunternehmer im ÖPNV. „Förderung statt Bestrafung“ erwarte der Verband für den umweltfreundlichsten und sichersten Verkehrsträger, an dem über eine Million Arbeitnehmer partizipieren, so Steinbrück.

Am ersten Tag der Veranstaltung, der ganz im Zeichen der Bustouristik stand, formulierte Steinbrück unter Applaus der Kongressteilnehmer sechs Hauptforderungen des Verbandes. „Der umweltfreundliche Bus muss aus der Umweltzonen-Bestimmung herausgenommen werden“, begann Steinbrück. Es könne nicht sein, dass dem umweltfreundlichsten Verkehrsträger das Leben schwer gemacht werde. Wichtig für die Bustouristik sei zudem eine europaweit einheitliche Anerkennung des Nachweises für arbeitsfreie Zeiten von Busfahrern. Es dürfe keine Busmaut im Busfernlinienverkehr geben, setzte Steinbrück fort, das grüne EU-Fahrtenblatt müsse abgeschafft und Bürokratie sowie Gebühren abgebaut werden. Auch die modifizierte Wiedereinführung der 12-Tage-Regelung sei noch nicht die endgültige Lösung. „Wir fordern flexible, busspezifische Lenk- und Ruhezeiten. Busunternehmer sind keine Lkw-Fahrer, wir befördern Menschen“, sagte der bdo-Präsident. Dass der deutsche Spitzenverband mit dieser Forderung in Europa nicht alleine dasteht, stellten die Präsidenten der Partnerverbände aus Österreich und der Schweiz, Karl Molzer und Werner Ryffel, heraus, die traditionell der Einladung des Verbandes nach Berlin gefolgt waren.

Erste Ergebnisse der Studie „Wirtschaftsfaktor Bus“ stellte zu Beginn der Veranstaltung Dr. Bernhard Harrer vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr (dwif) aus München vor. Ziel der Studie ist es, die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Bustourismus zu verdeutlichen. Die ersten Ergebnisse konzentrierten sich auf die Gästebefragung, die das Institut mit Hilfe von Busunternehmern durchgeführt hat. Es zeige sich, so Harrer, dass Busgäste durchschnittlich bei Tagesreisen zusätzliche Ausgaben von ungefähr 50 Euro tätigen, die beispielsweise dem Gastgewerbe oder dem Einzelhandel zugutekommen. „Davon profitiert das Zielgebiet“, stellte Harrer heraus. Mit der Studie, die im Sommer abgeschlossen werden soll, sei man gegenüber anderen Branchen Vorreiter, erklärte Harrer und forderte die Busunternehmer erneut auf, sich daran zu beteiligen. Interessante Ergebnisse für die Busbranche hatte der Wirtschaftswissenschaftler auch aus dem Qualitätsmonitor Deutschland-Tourismus abgeleitet. Anhand diesem zeigte er auf, dass Busreisende im Durchschnitt mit 53,5 Jahren älter sind als der Durchschnittsreisegast. Eine besonders große Rolle spiele für diese Altersgruppe die Weiterempfehlung der Reise von Freunden und Bekannten. Bei jüngeren Reisenden spiele dagegen das Internet eine wichtige Rolle bei der Auswahl der Reise. Um sie an Bord zu holen, „müssen Sie im Internet aktiv sein mit einem professionellen Auftritt“, erläuterte Harrer. 67 Prozent hatten sich laut dem Qualitätsmonitor aufgrund einer Empfehlung für eine Destination entschieden. Das sei sogar wichtiger als das Preis-Leistungs-Verhältnis, erklärte er weiter und forderte die Busunternehmer auf: „Engagieren Sie sich bei der Gestaltung der Reisen, verteilen Sie Fragebogen, reagieren Sie auf Beschwerden. Zeit genug haben ihre Gäste ja.“

„Der Bus ist so etwas wie der Held des Alltags“, erklärte Dr. Kay Lindemann, stellvertretender Geschäftsführer

Bilderquelle: www.bdo-online.de

Steinbrück empfing iin Berlin auch die Präsidenten der Partnerverbände aus Österreich und der Schweiz, Karl Molzer und Werner Ryfel. Gemeinsam kämpfen sie in Brüssel für die Interessen der Branche und stellten in der deutschen Hauptstadt die smart move-Kampagne vor (links). Weiterhin empfing der bdo die tourismuspoltische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfratkion, Marlene Mortler (rechts).

des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) in seinem Vortrag. Er halte alles am Leben, das müsse man mehr bewerben. Unter Applaus forderte er, unrentable Schienenverkehre einzustellen und durch rentableren Straßenverkehr zu ersetzen. Dabei gehe es ihm nicht darum, die Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen. „Jedes Verkehrsmittel soll das tun, was es am besten kann.“ Gut gemeint, aber schlecht gemacht seien, so Lindemann, die Umweltzonen in deutschen Städten. Er forderte unter Beifall: „Euro-3-Busse müssen bundeseinheitliche Ausnahmegenehmigungen bekommen“ und zeigte sich zuversichtlich, dass dies auch kommen wird. Denn: „Man kann nicht auf Dauer Politik gegen Logik machen!“

„Reiserechtliche Probleme und Lösungen aus der Sicht der Bustouristik“ machte Rechtsanwalt Rainer Noll von der Rechtsanwaltskanzlei Noll aus Stuttgart zum Thema seines Vortrags. Im Mittelpunkt seiner Arbeit stünde weiterhin das Pauschalreiserecht, das, wie Noll klarmachte, überreguliert sei. Er mahnte an, dass gerade mit den Geschäftsbedingungen des Reiseveranstalters noch stiefmütterlich umgegangen werde. „Die Reisebedingungen müssen jährlich gewartet werden“, erklärte er. Und das nicht nur bei den Inhalten, sondern auch bei der Darstellung. Er verwies dabei auf die Musterreisebedingungen, die er im Auftrag des bdo erarbeitet hat. Eine weitere Unterstützung bieten Noll und der bdo Busunternehmern mit einer Schriftenreihe zu rechtlichen Themen, darunter Verträge mit Beherbergungsunternehmen. Diese seien zunehmend problematisch, da die Sitten bei den Hotels rauer geworden seien. Der elektronische Geschäftsverkehr spiele ebenfalls eine immer wichtigere Rolle, so Noll. Auch hier soll eine Broschüre die Unternehmer unterstützen.

„Schaffen Sie Erlebnisse“, forderte Jürgen Krause, der das Marketing der Weissen Flotte in Waren an der Müritz verantwortet, in seinem Vortrag „Neue Produkte in der Bustouristik. Was bleibt, was kommt?“. „Die Basis, auf der sich die Produktentwicklung in der Touristik aufbaut, ist eine neue“, erläuterte er. Die geringere Zahl der

„Engagieren Sie sich bei der Gestaltung der Reisen, verteilen Sie Fragebogen, reagieren Sie auf Beschwerden. Zeit genug haben ihre Gäste ja.“

Wirtschaftsfaktor Bus:
Dr. Bernhard Harrer

„Der Bus ist so etwas wie der Held des Alltags.“

Innovativer Omnibus:
Dr. Kay Lindemann

„Die Reisebedingungen müssen jährlich gewartet werden.“

Reiserechtliche Probleme:
RA Rainer Noll

Bilderquelle: www.bdo-online.de

„Schaffen Sie Erlebnisse!“

Produktentwicklung in der Touristik:
Jürgen Krause

„Wir haben gezeigt, was der Bus für den Tourismus in Deutschland bringt."

Fordert Begeisterung:
Gunther Mörl

„Wir sind genauso für die Bahn wie für den Bus und die Binnenschiffe. Jeder Verkehrsträger hat seinen Nutzen."

Vorrang kommerzieller Verkehre:
Enak Ferlemann

„Die Zukunft bietet Ihnen viele Herausforderungen aber auch viele Chancen."

Bayern für den Mittelstand:
Katja Hessel

„Der starke Mittelstand ist wichtig, nicht nur wirtschafts- sondern auch gesellschaftspolitisch."

Krise und Gesellschaft:
Dr. Herfried Münkler

„Es bleibt Raum für unternehmerische Eigeninitiative."

EG-Verordnung:
Prof. Dr. Jan Ziekow

„Klare Worte im PBefG zur Mittelstandsfreundlichen sind gefragt."

Modernisiertes Vergaberecht:
Prof. Dr. Holger Zuck

Bilderquelle: www.bdo-online.de

Busreisenden damit zu begründen, dass sie weniger Geld haben, sei zu einfach. Entscheidend sei die Entwicklung der Gesellschaft hin zur Erlebnisgesellschaft. In dieser neuen Etappe wollen die Reisenden etwas erleben, ihre subjektiven, emotionalen Erwartungen befriedigen. Dies sei eine völlig neue Herausforderung für die Bustouristik, „darauf müssen Sie Ihre Produkte ausrichten."

„Wir haben gezeigt, was der Bus für den Tourismus in Deutschland bringt", fasste bdo-Hauptgeschäftsführer Gunther Mörl den ersten Tag zusammen. Über eine Million Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt am Bustourismus. Er habe Chancen, die das Flugzeug und die Bahn nicht haben. Jetzt liege es an den Unternehmern, diese Chancen umzusetzen. Es gehe dabei um Begeisterung, nicht mehr allein um eine Dienstleistung. Der Bus biete vielerlei Argumente, die für ihn sprechen. „Wenn dem so ist, dann wollen wir auch eine entsprechende Behandlung haben", appellierte er an die Politik. Aber dafür müsse nicht nur der Verband kämpfen, „Sie müssen selber etwas machen", so Mörl.

Mit ebenso klaren Worten führte Steinbrück in den zweiten Tag des Kongresses ein, welcher der Gewerbepolitik und dem ÖPNV gewidmet war. Im Mittelpunkt stand die anstehende Novellierung des PBefG. Der Vorrang kommerzieller Verkehre müsse erhalten bleiben, forderte Steinbrück und lobte die Regierung, die diese Absicht bereits im Koalitionsvertrag festgehalten hat. „Wer eine Systemänderung will, ist für Planwirtschaft", so Steinbrück. Was „alle Macht den Räten" bringe, zeige sich in Hessen, wo viele Mittelständler vom Markt gefegt wurden. „Eine solche Entwicklung können wir nicht zulassen", formulierte Steinbrück unter dem Beifall der Teilnehmer.

Enak Ferlemann MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, bestätigte sogleich die Aussagen der Koalitionsvereinbarung. Bei der Novellierung des PBefG halte sich „der Anpassungsbedarf in Grenzen", so Ferlemann. Man wolle den Vorrang kommerzieller Verkehre gewährleisten, der Staat werde nur eingreifen, wenn der Markt die Bedürfnisse nicht befriedigen kann. Ein entsprechender Gesetzesentwurf werde vorbereitet, im Herbst hoffe man, das Gesetzgebungsverfahren zu beginnen. Er machte aber zugleich klar, dass auch § 13 des PBefG geändert werde. Mit dem Busfernlinienverkehr wolle man eine Verbesserung für den Kunden schaffen. „Die DB fährt schon viele Linien, daher gehe ich davon aus, dass sie uns unterstützen werden", scherzte Ferlemann und sorgte für Applaus. „Wir rechnen mit einer hohen Nachfrage", so der Staatssekretär, der die privaten Unternehmer aufforderte, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Ferlemann appellierte weiter, die Verkehrsträger nicht gegeneinander auszuspielen. „Jedes Verkehrssystem ist wichtig in diesem Land. Es werden alle gleich behandelt. Wir sind genauso für die Bahn wie für den Bus und die Binnenschiffe. Jeder Verkehrsträger hat seinen Nutzen." In Sachen Umweltzone mahnte

Ferlemann Verhältnismäßigkeit an, ebenso bei den Ausnahmen. Diese wolle man möglichst bundesweit einheitlich regeln.

Nachdem in diesen Jahr die PBefG-Novelle im Mittelpunkt steht, wolle das Ministerium 2011 über die Finanzierung im ÖPNV diskutieren. Nicht nur dem Bund, auch „Bayern liegt der ÖPNV und der Busverkehr am Herzen“, sagte Katja Hessel, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. In Bayern stünde der Mittelstand im Mittelpunkt der Politik, so Hessel, denn „Sie betreiben weit über die Hälfte des ÖPNV und prägen Qualität.“ In Sachen 1370/2007 machte sie deutlich, dass das Eckpunktepapier des VDO und des bdo eine gute Grundlage sei. In wesentlichen Punkten gebe es Übereinstimmung. „Am Vorrang kommerzieller Verkehre muss festgehalten werden“, so die Staatssekretärin. „Die Zukunft bietet Ihnen viele Herausforderungen aber auch viele Chancen“, schloss Hessel ihre Ausführungen. Man müsse überzeugen, dass der Bus flexibler ist als die Bahn und genauso komfortabel. „Da unterstütze ich Sie gerne!“

„Krise und Gesellschaft. Wo bleibt der Mittelstand?“ fragte Prof. Dr. Herfried Münkler vom Lehrstuhl Politische Theorie der Humboldt-Universität Berlin. Die moderne Krise zeichne sich dadurch aus, dass sie die Konzentrierung verstärke, erklärte Münkler. Kleine Unternehmen würden vernichtet, große profitieren,

„Immer wichtiger wird das Rating.“

Kredite von der KfW:
Dr. Stefan Breuer

Eine postitive Gestaltung des ländlichen ÖPNV ist möglich.

Ländlicher ÖPNV:
Edi Reiz

Bilderquelle: www.bdo-online.de

„Ein einheitliches Bild der Verkehrsträger muss her.“

Zusammenarbeit ist gefordert:
Heino Brodschelm

Anzeige

Wir halten Ihr Geschäft in Bewegung!

Das Autohaus möbus ist Spezialist im Bereich Nutzfahrzeuge. Mit einem kompetenten Nutzfahrzeugteam ist eine gute Betreuung rund um Kauf und Service garantiert. Dafür sorgen das 4-köpfige Verkaufsteam mit zertifizierten Beratern und ein 15-köpfiges Serviceteam mit speziell ausgebildeten Mitarbeitern.

Dieter Simm ist Verkaufsleiter der VW-Nutzfahrzeugabteilung bei der Autohaus möbus GmbH, einem Audi-, VW-, Škoda- und Hyundai-Händler in Berlin-Weißensee. Er erklärt die Vorteile und Möglichkeiten für Nutzfahrzeugkunden bei der möbusgruppe.

Herr Simm, welche Vorteile bietet das Autohaus möbus im Gegensatz zu anderen Nutzfahrzeughändlern?
Bei uns bekommen die Kunden branchenspezifische Lösungen angeboten. Wir bieten unseren Kunden das richtige Nutzfahrzeug mit den auf ihren Bedarf passenden Auf-, Aus- und Umbaulösungen - vom Caddy mit Regalausbau bis zum Crafter Kipper.

Verfügen Sie auch über Fahrzeuge für Personenbeförderung?
Selbstverständlich. Hier ist zum Beispiel der neue Multivan von Volkswagen sehr beliebt. Er ist so leise, dass man sogar eine Uhr ticken hören kann. Je nach Ausstattung, kann man mit ihm Personen wie Schulkinder, aber auch Behinderte transportieren. Gerade in diesem Bereich sind wir als Stützpunkthändler für Menschen mit eingeschränkter Mobilität sehr aktiv und können zusammen mit unseren Umbaupartnern für jeden Bedarf eine perfekte Lösung anbieten.
Egal, wen oder was Sie befördern möchten, bei uns finden Kunden für ihren Geschäftszweck das passende Nutzfahrzeug.

Welche Finanzierungsmöglichkeiten bieten Sie Ihren Kunden?
Unsere Finanzdienstleistungen sind sehr umfangreich. Im Verkauf können wir Finanzierungs-, Leasing- und Versicherungsangebote unterbreiten. Im Werkstattbereich erhalten Geschäftskunden natürlich auch die Möglichkeit zur Reparaturfinanzierung.

Was unterscheidet Ihren Service von dem anderer Autohäuser?
Erst einmal sicherlich unsere Werkstatt-Öffnungszeiten, diese sind von Mo-Fr von 6-22 Uhr und Sa von 9-13 Uhr.
Für alle Pannen außerhalb dieser Zeiten, haben wir ein Servicemobil für den Einsatz vor Ort, welches 24 Stunden, 365 Tage im Jahr über eine Notrufnummer erreichbar ist.
Auch die Garantie- und Schadensabwicklung übernehmen wir gern.
Außerdem verfügen wir über einen Hol- und Bringdienst, der die Kundenfahrzeuge vor der Haustür abholt und nach getaner Arbeit dorthin zurück bringt.
Bei uns findet der Kunde Komplettservice, wie Inspektion, Wartung & Reparatur, Reifendienst, Karosserie & Lack, Expressdienst, Abschleppdienst, Ersatzwagen und vieles mehr.
Sie sehen also, ein Besuch bei möbus lohnt sich immer!

Nutzfahrzeuge

Nutzfahrzeug Zentrum Weißensee • Hansastraße 211 • 13051 Berlin-Weißensee • Telefon: 030 / 962 762-0 • moebus-gruppe.de

auch weil sie leichter an staatliche Hilfen kommen. Da sollte die Politik Grenzen setzen und Neugründungen im Mittelstand ermöglichen, forderte er. Denn „der starke Mittelstand ist wichtig, nicht nur wirtschafts- sondern auch gesellschaftspolitisch“, so Münkler. Der Mittelstand ermögliche eine hohe Beschäftigungsquote, sei Aufstiegsschleuse und bringe ein Element der Kontinuität. Mittelständler sind keine „ökonomischen Wellenreiter“, sie zeigen eine Bindung an die Region.

Ausschreibung oder Direktvergabe? Die Verordnung 1370/2007 und die Novellierung des PBefG stand im Mittelpunkt des Vortrages von Prof. Dr. Jan Ziekow vom Lehrstuhl für öffentliches Recht der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Ziekow machte deutlich, dass eine gesetzliche oder faktische Aufhebung des in § 8 Abs. 4 PBefG normierten Vorrangs eigenwirtschaftlicher Verkehre verfassungswidrig sei. „Es bleibt Raum für unternehmerische Eigeninitiative“, fasste Ziekow zusammen und bestätigte damit die Position des bdo.

Klare Worte im PBefG zur mittelstandsfreundlichen Vergabe forderte Prof. Dr. Holger Zuck von der Anwaltskanzlei Zuck aus Stuttgart in seinem Vortrag „Das modernisierte Vergaberecht und seine Auswirkungen auf den ÖPNV“. Da es bei der Vergabe auch stark auf den politischen Willen vor Ort ankomme, seien Regelungen im PBefG anzustreben, „zum Vorrang von Direktvergaben und zum Vorrang der direktvergabefähigen Ausgestaltung“.

„Die mittelständischen Busunternehmen in Deutschland sind einfach unersetzlich“, stellte Gunther Mörl in seinem Vortrag „Der Mittelstand in ÖPNV und Bustouristik. Chancen und Perspektiven“ fest. Man habe ein außerordentlich gutes Zukunftspotenzial, aber man müsse endlich aufwachen, denn es gebe auch grundlegende Wandlungen. Das seien die neuen Rahmenbedingungen, aber auch die veränderte Nachfrage der Kunden. Ein Unternehmer müsse heute „gucken, auf was konzentrier‘ ich mich, wo verdiene ich Geld, oder was begeistert mich“.

Finanzierungsperspektiven für mittelständische Unternehmen stellte Dr. Stefan Breuer von der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW vor. Er erläuterte, wie die KfW gemeinsam mit der Hausbank den Mittelstand unterstützen kann. Immer wichtiger werde, so Breuer weiter, das Rating. Erschreckend sei hierbei, dass laut einer Studie 30 Prozent der Unternehmer nicht wissen, ob sie geratet sind. Ein gutes Beispiel dafür, wie der ÖPNV im ländlichen Raum positiv gestaltet werden kann, zeigte Edi Reiz von der Kreisverwaltung Cochem-Zell auf. Der Landkreis habe es mit einem angebotsorientierten ÖPNV und mit der Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen geschafft, die Fahrgastzahlen in den letzten vier Jahren um 25 Prozent zu steigern. Der ÖPNV des Landkreises wird nun durch die TU Kaiserslautern in dem Projekt „Handlungsempfehlung für einen attraktiven, umweltfreundlichen und leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Fläche“ wissenschaftlich begleitet. In seiner Zusammenfassung forderte Heino Brodschelm, Brodschelm Verkehrsbetrieb GmbH, „ein einheitliches Bild der Verkehrsträger“.

Er stellte erneut heraus, „wie wichtig es ist, zusammenzuarbeiten.“ Der Kongress hätte zudem gezeigt, welche Risiken der Aufgabenträger bei Ausschreibungen hat, ein höheres Risiko als bei Direktvergaben an lokale Unternehmer, so Brodschelm. Der Vorrang kommerzieller Verkehre müsse erhalten bleiben. „Wir wollen keine Ostverhältnisse im ÖPNV“, schloss er den Kongress.

Viel Lärm, aber in Harmonie, brachte das interessante Abendprogramm. Am Ende auch ein schrottfreies Auto. Im Tipi sammelte sich die Branche und feierte bis in die frühen Morgenstunden.

Bilderquelle: www.bdo-online.de